



Rede
von DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager
auf der DLT-Jahrestagung
am 7.9.2022 in Neuhardenberg

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Veranstaltung trägt den Titel „Ohne Landkreise keine gleichwertigen Lebensverhältnisse“. Damit wollen wir einmal mehr anknüpfen an das Kernanliegen des Deutschen Landkreistages, nämlich die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Entwicklungsbedingungen für die Menschen auf dem Land. Deshalb freuen wir uns außerordentlich, dass mit Ihnen, lieber Herr Özdemir, nicht nur der erste grüne Bundesminister seit vielen Jahren zu uns sprechen wird, sondern auch der Ressortchef des Hauses, das sich einige Jahre zuvor unter dem damaligen Minister Horst Seehofer selbst den Titel „Anwalt des ländlichen Raumes“ gegeben hat. Darauf wollen wir aufbauen und den Schulterschluss üben.

Der Deutsche Landkreistag ist über die Jahre nicht müde geworden, gegenüber der Bundespolitik als unserer originären Adressatin deutlich zu machen, dass die Politik das Leben in den Landkreisen nicht vernachlässigen darf und weiter am Thema gleichwertige Lebensverhältnisse arbeiten muss. Eine verantwortungsbewusste und gestaltungswillige kommunale Selbstverwaltung muss auch von Berlin aus unterstützt werden. Das beginnt – ich hatte es bereits vorhin erwähnt – mit Respekt. Was wir hingegen nicht brauchen: Bevormundung und Besserwisserei.

Die 56 Mio. Menschen in den Landkreisen, von denen die meisten in ländlichen Räumen leben, erwarten zu Recht von der Politik eine gesicherte Infrastruktur – von der Kita, Schule und medizinischen Versorgung bis hin zu schnellem Internet, öffentlichem

Nahverkehr und Kultur. Und sie erwarten einen guten Rahmen für wirtschaftliche Betätigung und den eigenen Broterwerb. Dabei helfen, so haben wir vorhin gehört, auch die kommunalen Sparkassen mit ihrer unumstößlichen kommunalen Verwurzelung.

Aber auch sonst beobachten wir mit wachsender Sorge, dass die drei Regierungsparteien andere Prioritäten setzen und somit leider auch ein Stück weit „Politik vorbei an den Menschen in den Landkreisen“ machen:

- *immer noch* gibt es keinen wirklichen Ruck für eine auskömmliche Steuerausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden,
- *immer mehr* setzt der Bund auf Förderprogramme und Modellprojekte, statt die Kommunen an der Basis – und zwar bei der eigenen Finanzausstattung – strukturell zu kräftigen,
- *immer wieder* werden im Bund Strukturdiskussionen – zuletzt zum Katastrophenschutz – geführt, bei denen es im Kern stets um eine Schwächung der kommunalen Ebene geht.

Gestatten Sie mir einen Gedanken zum letztgenannten Punkt: Wir setzen uns selbstverständlich für einen wirksamen und verbesserten Katastrophenschutz ein. Bei der Bereitstellung von technischem Gerät und anderer Einsatzmittel, dem Hinweis auf besondere Gefahrenlagen oder der Erarbeitung von übergreifenden Lagebildern ist es sogar unerlässlich, dass Bund und Länder ihre Unterstützungsstrukturen einbringen. Die Verantwortung muss aber beim Landkreis als zuständiger Katastrophenschutzbehörde bleiben. Das beinhaltet auch, Situationen rechtzeitig zu erkennen, die die vor Ort verfügbaren Ressourcen überfordern. Dann Unterstützung von Ländern und Bund anzufordern, ist ein Wesensmerkmal von Verantwortung.

Die Landkreise dürfen sich also nicht kleiner machen als sie sind und Zentralisierungsdebatten erst noch befeuern. Wir haben die Ereignisse aus dem vergangenen Sommer aufbereitet und lernen daraus. Die Verantwortung liegt bei den Landrätinnen und Landräten und muss ausgefüllt werden. Punkt.

Wenn ich eben von Schulterchluss gesprochen habe, gehört eben auch eine vernehmbare Standortbestimmung dazu, damit wir wissen, wie der Status quo aussieht.

Und da fällt unser Befund über die Bundespolitik derzeit jedenfalls nicht euphorisch aus.

Der Fortgang der Legislaturperiode lässt keine wirkliche Änderung erwarten. Denn kostspielige Projekte wie eine eigenständige Kindergrundsicherung stehen erst noch bevor und bestärken uns in der Einschätzung: Für den ländlichen Raum ist es in dieser Legislaturperiode schwerer geworden, Mittel zu mobilisieren und Verbesserungen zu erreichen.

Dazu könnte man den Einwand vorbringen: „Nun ja, die Herausforderungen sind mit Gasknappheit, Inflation, Klimawandel, Digitalisierung und schwachem Euro ja auch viel zu groß und global, um sich ausgerechnet jetzt auch noch um gleichwertige Lebensverhältnisse zu kümmern.“

Dazu sage ich mit Nachdruck: Erst recht muss es in einer solchen Situation um die Stärkung der „Krisenfestigkeit von unten“ gehen – und zwar ausgerechnet jetzt, genau jetzt! Das beginnt auf kommunaler Ebene, bei den Landkreisen und Gemeinden: Ihnen muss das Leben leichter und nicht schwerer gemacht werden. Aus ihnen kommt die Kraft zur Bewältigung von Corona, Katastrophen und Flüchtlingswellen. In den Kreishäusern sitzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen wir nicht genug danken können für Überstunden, Wochenenddienste und Arbeiten bis über die eigenen Grenzen hinaus.

Was ich damit sagen will: Der Staat – gerade unserer – lebt „von unten“ und darf nicht „von oben“ gedacht werden. Kommunale Strukturen gilt es zu stärken und mit allem Nötigen auszustatten, damit Selbstgestaltung, Kreativität und Engagement zur Entfaltung gelangen können.

Dafür ist es notwendig, in die Zukunft zu investieren – und das sind die Kommunen! Dabei ist auch klar: Wir können nicht so weitermachen wie bisher mit Nachtragshaushalten, riesigen Schuldenbergen für künftige Generationen, einer strukturell schlecht aufgestellten Pflegeversicherung und Rentenkasse und einem Bürgergeld, das systematisch Arbeitsanreize reduziert. Prioritäten zu setzen, ist nötiger denn je. Dabei sehen wir die gleichwertigen Lebensverhältnisse als thematische Klammer, als

Richtschnur und Prüfmarke, um in Generationenthemen zu investieren, anstatt mehr und mehr staatliches Geld in den Konsum zu stecken.

Gerade deshalb braucht es auch eine effiziente, gut organisierte und dotierte Förderpolitik, um wirkungsvolle Entwicklungsimpulse zu setzen. Diese können aber immer nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein und dürfen gerade nicht dazu dienen, der Fläche bundespolitische Vorstellungen überzustülpen. Gegen jedwede Steuerung seitens der Bundespolitik verwahren sich die Landkreise – das war immer so und wird auch so bleiben!

Konkret setzen wir uns seit vielen Jahren – auch gemeinsam mit Ihrem Haus, Herr Özdemir – dafür ein, die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ an die sich über die Jahrzehnte gewandelten Anforderungen der Landkreise anzupassen. Es geht uns dabei um eine Loslösung vom real zurückgehenden agrarstrukturellen Bezug in ländlichen Räumen und eine Hinwendung zu kommunalen Versorgungsstrukturen – vom Bäcker über den Tourismusbetrieb bis zum Gewerbetreibenden. Wir plädieren für eine Öffnung. Und natürlich damit verbunden auch für eine bessere finanzielle Dotierung, denn unser Ziel ist es nicht, die Agrarförderung zu schwächen, im Gegenteil: Wir wollen die Unterstützung über die Gemeinschaftsaufgabe verbreitern. Vielleicht gelingt es uns ja gemeinsam, bei diesem Thema in dieser Legislaturperiode doch noch etwas zu erreichen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, auch sind wir Ihrem Hause ausgesprochen dankbar und verbunden, dass der Deutsche Landkreistag mit „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ ein Projekt in 18 ausgewählten Landkreisen durchführen kann, das sich mit der Stärkung ehrenamtlicher Strukturen einer wichtigen Zukunftsaufgabe verschrieben hat. Und wir wünschen uns, dass das Programm zeitlich fortgeführt sowie auf andere Landkreise ausgedehnt wird. Es ist zwar eine kleine Pflanze, kann aber viel erreichen und zukunfts- und tragfähige Strukturen zur hauptamtlichen Unterstützung des Ehrenamtes entwickeln und stärken.

Ebenso setzen sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und der Deutsche Landkreistag gemeinsam für die Digitalisierung in ländlichen Räumen ein. Das von uns und zahlreichen Landkreisen durchgeführte Projekt Smarte.Land.Regionen ist ein guter Schritt nach vorn und soll Lösungen hervorbringen, die auch von

anderen Landkreisen nachgenutzt werden können. Das Programm zeigt, dass es sich lohnt, den Landkreisen etwas zuzutrauen und mit ihnen gemeinsam in der Digitalisierung voranzugehen. Jetzt gilt es dies für alle Landkreise nutzbar zu machen.

Ein nächstes wichtiges Thema ist der Klimaschutz. Die Landkreise wollen „Zukunftstreiber der Entwicklung“ sein. Gerade weil Deutschland unabhängiger von Energieimporten werden muss, kann es Fortschritte in der Klima- und Energiepolitik nur gemeinsam mit den Landkreisen geben. Im Wesentlichen geht es uns auch hier um eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, um von der bisherigen Projektfinanzierung zu einer grundständigen Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu gelangen. Darüber hinaus müssen Wertschöpfungspotenziale in den ländlichen Räumen beispielsweise bei der Windenergienutzung oder bei Wasserstofftechnologien für eine nachhaltige Energieversorgung realisiert werden. Ebenfalls entscheidend ist eine gerechte Lastenverteilung zwischen Stadt und Land bei erneuerbaren Energien, Industrie, Mobilität und CO₂-Bepreisung.

Generell sollten wir beim Ausbau der Erneuerbaren flexibel vorgehen. Deshalb waren wir auch nicht einverstanden mit dem nun beschlossenen Flächenziel von 2 % der Landesfläche für den Windkraftausbau. Besser wäre es gewesen, die Länder hätten mit dem Bund verbindliche Energiemengen vereinbart. So hätten sie Freiräume, um unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort technologieoffen über die genutzten erneuerbaren Energiearten wie Wind, Sonne, Wasser, Biomasse oder Geothermie zu entscheiden. Das Ziel hätte verabredet werden können, nicht aber der Weg dorthin.

Die Erreichung der Klimaziele geht unserer festen Überzeugung nach besser mit der Gestaltungsfreiheit der Länder und Kommunen. Es sorgt für Akzeptanz, auch in der Bevölkerung, und ist ein Schlüssel zum Erfolg der Energiewende.

Auch passt die oft zitierte „Zeitenwende“ nicht damit zusammen, Formen der Energiegewinnung per se auszuschließen. Das gilt für längere AKW-Laufzeiten ebenso wie für Fracking. Flüssiggas wollte auch niemand nutzen, jetzt wird es händeringend gesucht und die Terminals werden im Eiltempo hochgezogen. Vielleicht brauchen wir die Atomkraft am Ende nicht. Aber die Option jetzt vom Tisch zu nehmen, wäre falsch. Wir sind ein rohstoffarmes Land.

Gleiches gilt fürs Fracking: Beliebt ist das nirgendwo, kein Landrat und keine Landrätin wünscht sich das. Aber wenn es die Chance gibt, durch vertretbare Eingriffe in die Natur heimisches Gas zu fördern, sollten wir das zumindest im Blick behalten und zumindest nicht jetzt kategorisch ausschließen. Auch die Kohle ist alles andere als klimafreundlich – sie ist das Gegenteil. Und trotzdem muss sie genutzt werden. „Zeitenwende“ heißt auch: Änderung in den Köpfen hin zu mehr Flexibilität.

Gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen zum Thema Gas: Die Politik darf die Leute nicht verunsichern. Der Bund ist gefordert, die Gasbedarfe für den Winter zu decken. Gleichzeitig muss er einkommensschwache und bedürftige Haushalte – aber auch nur die – über rasche weitere Energiehilfen entlasten. Diese müssen deutlich vor dem Winter einsetzen. Dabei muss die Politik deutlich machen, dass der Staat nicht alles richten kann. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, seinen Verbrauch zu reduzieren, soweit es geht.

Das bringt mich weiter zum Breitbandausbau. Wir müssen dringend besser und schneller werden. Daher begrüße ich die Gigabitstrategie des Bundes, die viele gute Ansätze enthält. Richtig und wichtig ist vor allem, dass die Aufgreifschwelle zum 1.1.2023 entfallen soll. Das haben wir seit jeher gefordert. In erster Linie erwarten wir von den Unternehmen, dass sie ihren vollmundigen Ausbauankündigungen rasch Taten folgen lassen, und zwar insbesondere in den ländlichen Räumen. Auch setzt die Strategie sogar in erster Linie auf Betreibermodelle, die seit jeher insbesondere in vielen Landkreisen umgesetzt werden. Die Betreibermodelle waren immer Vorreiter bei der Flächendeckung und beim Glasfaserausbau.

Allerdings hat die Strategie auch ihre Schwächen. Dass der Zeitraum zur Erreichung des Ziels eines flächendeckenden Ausbaus ganz Deutschlands mit gigabitfähigen Anschlüssen – quasi stillschweigend – um fünf Jahre bis 2030 verlängert wurde, ist kein Ruhmesblatt. Wir müssen Geschwindigkeit aufnehmen und dürfen nicht immer wieder Dinge auf die lange Bank schieben.

Ich möchte es wie folgt auf den Punkt bringen. Wir brauchen drei Dinge, und zwar

Erstens: ein starkes Bewusstsein für die Struktur unseres Landes, die eine dezentrale ist. Mit der entscheidenden „Power“ aus der Fläche, einem starken

Mittelstand, starken Sparkassen, guten Verwaltungszuschnitten und viel Gestaltungskompetenz „von unten“.

Zweitens: ein staatliches Handeln gemäß diesem Bewusstsein. Mit der eindeutigen Verteilung von Verantwortung auf die staatlichen Ebenen und der dazugehörigen Finanzierung. Darum sollte nicht jedes Mal erneut gefeilscht werden müssen – sowohl in den Ländern als auch im Bund.

Und drittens: eine Politik des Ermöglichens kommunaler Lösungen vor Ort, gerade in der Fläche. Die föderalen Kräfte unseres Landes müssen gestärkt und dürfen nicht geschwächt werden: Die Landkreise verstehen sich dabei als Teil der Lösung und nicht des Problems.

Lassen Sie mich deshalb noch einmal unser heutiges Tagungsmotto zitieren: „Ohne Landkreise keine gleichwertigen Lebensverhältnisse“. Nur dann werden wir die immensen Zukunftsherausforderungen bewältigen können. Es geht im politischen Betrieb viel zu viel Energie verloren, weil beispielsweise feststehende Gegebenheiten des Grundgesetzes immer und immer wieder infrage gestellt, umgangen und aufgeweicht werden, nur um dieses oder jenes politische Projekt durchzudrücken. Wenn ich also von Respekt gegenüber der kommunalen Ebene spreche, meine ich damit auch: Respekt vor unserer Verfassung.

Und schließlich: Ohne Finanzmittel, das heißt finanzkräftige Landkreise und Gemeinden, wird es nicht gehen. Wir appellieren deshalb auch heute an die Länder und den Bund, für eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen einzutreten. Unser Vorschlag dazu liegt seit Langem auf dem Tisch und lautet: Verteilung der Umsatzsteuer nach Einwohnern, damit gerade ländliche Gebiete die notwendigen Anpassungen der Infrastruktur bewältigen können. Darin sehen wir einen wesentlichen Hebel zur dauerhaften Stärkung der Landkreise. Parallel setzen wir unsere Hoffnungen auf das Bundesverfassungsgericht in Sachen kommunale Mindestausstattung!

Lassen Sie es mich zum Schluss so formulieren: Diese Legislaturperiode ist aus kommunaler Sicht keine einfache. Der Koalitionsvertrag ist kein Füllhorn von Forderungen des Deutschen Landkreistages. Umso mehr müssen und werden wir dafür eintreten, dass die Stimme der Landkreise gehört, ihre Belange von der Bundespolitik ernst

genommen und so die Lebenswirklichkeit für die in den Landkreisen lebenden 56 Mio. Menschen weiter verbessert und perspektivisch gesichert wird. Das ist unsere Motivation, das ist unser Antrieb.

Und dafür, sehr geehrter Herr Bundesminister, bitten wir um Ihre geschätzte Unterstützung und Fürsprache innerhalb der Bundesregierung. Gern setzen wir die langjährig gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit des BMEL und des DLT fort und wünschen uns, Sie als „Anwalt des ländlichen Raumes“ zu unseren Partnern im Streben um gleichwertige Lebensverhältnisse zählen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!